

## 5 Zusammenfassung

Die Erforschung europäischer Öffentlichkeitsstrukturen konzentriert sich meist auf überregionale Medien und das journalistische Geschehen in Brüssel. Die massenrelevanten und für die Demokratiefunktionalität europäischer Medienöffentlichkeit wichtigen Regionalzeitungen werden kaum beachtet – obwohl sich das Forschungsfeld rasant entwickelt hat. Darüber hinaus überwiegt eindeutig die inhaltsanalytische Erforschung des journalistischen Outputs. Qualitative Strukturanalysen, die die Entstehungsbedingungen des Outputs untersuchen, sind selten zu finden.

Aufgrund dieser Forschungssituation lagen bislang zu den redaktionellen Bedingungen, unter denen die regionale EU-Berichterstattung entsteht, nur sporadische Kenntnisse vor. Einige begrenzte Inhaltsanalysen geben Auskunft über Grundmuster der Berichterstattung. Und im Rahmen von Interviews wurden vereinzelt auch Regionalzeitungsjournalisten befragt. Vor diesen Hintergründen lässt sich ein ungefähres, jedoch teils äußerst unscharfes Bild zum regionalen EU-Journalismus in Deutschland zeichnen, das nun mit der vorliegenden Arbeit erstmals umfassend überprüft und erweitert werden kann. Nun kann besser verstanden werden, weshalb die Europäisierung regionaler Medienöffentlichkeiten bislang nur schwach ausgeprägt ist. Denn dies ist durch die Inhaltsanalysen deutlich geworden.

Sie zeigen, dass die EU-Berichterstattung der Regionalzeitungen an unterschiedlichen Stellen Defizite aufweist. Hierzu zählen eine starke Ereignisfixierung und Ausblendung von Hintergründen, ein häufiger Rückgriff auf Nachrichtenagenturen, eine gegenüber überregionalen Medien stärkere nationale Perspektive in der Berichterstattung (selbst bei Zeitungen in Grenznähe), eine Zurückhaltung in der europapolitischen Kommentierung sowie eine skeptischere Darstellung des EU-Geschehens. Gerade die Möglichkeit, der EU-Politik regionale Komponenten hinzuzufügen, um sie so anschaulicher zu vermitteln, wird oft versäumt. Die Handlungsorte der EU-Berichterstattung beziehen sich selten auf die eigene Region und deutlich öfter auf entfernte Gebiete. Dies deutet darauf hin, dass selten vor Ort zum europäischen Geschehen recherchiert wird, häufiger scheint die telefonische Befragung regionaler Sprecher zu geschehen, da sich Regionalzeitungen auf diese öfter beziehen als überregionale Medien. Es gibt also einen Bedarf nach mehr Eigenrecherchen vor Ort sowie einem stärkeren Bezug auf die Interessen der einfachen Bürger, die in der Berichterstattung selten auftauchen. Der Reihenfolge

nach am häufigsten berichtet wird über nationale Regierungen in Form des Ministerrats, die Kommission und das Parlament.

Dies ist das komprimierte Bild des Outputs, den Regionalzeitungsredaktionen in der EU-Berichterstattung liefern. Die zu klärende, im Zentrum dieser Arbeit stehende Frage war die nach den Bedingungen, die diesen Output hervorbringen. Diese Fragestellung wurde mit der Suche nach wirksamen Einflussfaktoren, die in der Redaktionsforschung im Zentrum des Forschungsinteresses stehen, systematisiert. Dazu wurden Forschungsfragen gebildet, die im Folgenden, auf Basis der vorangegangenen Darstellung und Einordnung der Studienergebnisse in den Forschungskontext, komprimiert und nach einzelnen Aspekten thematisch strukturiert beantwortet werden. Dies geschieht zusammen mit einer ausführlichen Diskussion der Ergebnisse hinsichtlich möglicher Veränderungen der Rahmenbedingungen der regionalen EU-Berichterstattung. Denn es war das erklärte Ziel dieser Studie, aus den gewonnenen Erkenntnissen praktische Verbesserungsvorschläge zu erarbeiten.

Auf die Ergebniskomprimierung und -diskussion folgt die abschließende Identifikation der wirksamen Einflussfaktoren. Hierbei werden die in Kap. 4.1 bereits dargestellten, vermutlich wirksamen Determinanten überprüft, erweitert und neu gefasst. Aufgrund dieses neuen Bildes lassen sich dann Aussagen darüber machen, was die vorliegenden Studienergebnisse für die wissenschaftlich-theoretische Diskussion europäischer Öffentlichkeiten bedeutet. Mit dieser Theoriediskussion und einem letzten, ausblickenden Fazit endet die Arbeit.

## **5.1 Beantwortung der Forschungsfragen und praktische Diskussion der Ergebnisse**

### **5.1.1 In welchem ökonomischen Umfeld geschieht die Berichterstattung?**

#### **Prekäre Rahmenbedingungen**

Deutsche Regionalzeitungen stehen unter einem erheblichen ökonomischen Druck, der sich auf alle Bereiche des redaktionellen Handelns auswirkt. Dies wurde in den Beobachtung und v. a. in den Gesprächen mehr als deutlich. Die meisten befragten Redakteure beurteilen das wirtschaftliche Umfeld ihres Blattes als eindeutig negativ. Bei ihnen sind keine positiven Einstellungsmuster auszumachen, bisweilen stellen sie sogar die Zukunft der Branche in Frage. Die medienökonomischen Einflussfaktoren schränken den Handlungs-

spielraum der Redakteure teils erheblich ein. Sie beeinflussen ihr Denken und hinterlassen mitunter eine desillusionierte Berufshaltung. Denn eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation ist für die Redakteure nicht in Sicht.

Im Untersuchungszeitraum begann eine zweite Medienkrise in Deutschland, die sich mittlerweile stark ausgeweitet hat und zur Schließung zahlreicher Redaktionen geführt hat. Gerade Regionalzeitungen, die ohnehin mit schmalen Personalkonzepten agieren, sind in Nöte geraten. Entlassungen deuteten sich bei den Redaktionen bereits an, deren Personalsituation im Fall der größeren Häuser noch als stabil bezeichnet werden kann. Gerade aber kleinere Blätter sowie Zeitungen in Ostdeutschland arbeiten bereits mit Minimalbesetzungen.

Probleme bereitet nicht nur die aktuelle Medienkrise. Hinzu kommen strukturelle, ohnehin wirksame ökonomische Einflussfaktoren wie der stete Auflagenverlust und das Abwandern der jungen Leserschaft, der auch die befragten Redakteure beschäftigt. Sie sehen sich zudem mit einem neuen Berufsbild konfrontiert, was v. a. durch die Entwicklungen im Online-Bereich zu erklären ist, der von gestandenen Printredakteuren neue Arbeitsweisen wie etwa den Einsatz mit Videokameras verlangt. Die Auswirkungen solcher Veränderungen auf die journalistische Arbeit zu untersuchen, war zwar in erster Linie nicht Gegenstand der Arbeit. Dennoch musste, um das ökonomische Handlungsumfeld der Redaktionen umfassend zu beschreiben, hierauf kurz Bezug genommen werden.

Denn die technischen Revolutionen sind mit Grund für die Befunde der partiellen Desillusionierung und eines dominanten pragmatischen Denkens, das teilweise selbst die theoretische Beschäftigung mit möglichen Veränderungen der redaktionellen und politischen Strukturen nicht mehr zulässt. Stetig wiederkehrende Argumentationsmuster, die diesem Denken entstammen, sind die Verweise auf Personalknappheit, Zeitmangel und den begrenzten Platz in der Zeitung. Diese Einflussfaktoren werden zu unumstößlichen Struktur determinanten, deren Veränderung undenkbar erscheint. Sie hemmen in entscheidender Weise die durchaus vorhandene Kreativität in der EU-Berichterstattung, wie etwa die Auswertungen zu besonderen Stilformen und dem außerredaktionellen Engagement zeigen.

Doch genau an diesen Stellen müssen Innovationen geschehen, um die regionale Europaberichterstattung zu verbessern. Die Studie zeigt in vielfacher Weise, wie die strukturellen medienökonomischen Imperative die EU-Berichterstattung bestimmen: Aus wirtschaftlichen Gründen verzichten nicht wenige Redaktionen darauf, eine formelle Zuständigkeit für die EU einzuführen, Personal für Weiterbildungen freizustellen, Recherchen selbst anzustrengen oder Kontakt zu einem Korrespondenten aufzunehmen. 15 der 24 untersuchten Redaktionen haben Anschluss an einen Korrespondenten, mit neun

Redaktionen verzichtet mehr als ein Drittel auf diese wichtige Schlüsselfigur (s. u.). Insgesamt verzichtet rund die Hälfte der Regionalzeitungen auf einen Korrespondenten (vgl. Kap. 3.1.5).

Jeder Verzicht geht auf Kosten einer regionalen, verständlichen EU-Berichterstattung, deren umfassende Wichtigkeit für die europäische Demokratie bereits verdeutlicht wurde. Dass eine solche Berichterstattung über die komplexe und anspruchsvolle EU-Thematik nur geschehen kann, wenn gewisse Ressourcen in Form von Personal- und Zeitbudgets vorhanden sind, hat die Arbeit ebenfalls mehrfach gezeigt.

### **Reformansätze: Staatliche Presseförderung**

Welche Maßnahmen sind nun vorstellbar, um in wirtschaftlich äußerst prekären Zeiten die ökonomische Situation nachhaltig zu verbessern? Eine Debatte, die kaum geführt wird, ist die Diskussion über staatliche Presseförderung. Sie könnten Medien, die wegen ihrer wichtigen gesellschaftlichen Funktion in Deutschland Verfassungsrang genießen, größere Spielräume verschaffen und zumindest teilweise helfen, die beschriebenen Defizite zu beheben. Mit größeren Redaktionen und höheren Etats wären Spezialisierungen, längere Recherchen, der Anschluss an einen EU-Korrespondenten und eine größere Eigeninitiative der Redaktionen besser möglich. In Zeiten, in denen Privatunternehmen üppige Staatsförderungen erhalten, sollte eine Debatte über die Förderung von gesellschaftlich eminent wichtigen Akteuren wie den Regionalzeitungen zumindest erlaubt sein. In anderen Ländern erhält die Presse staatliche Zuschüsse, die über die deutsche Mehrwertsteuersenkung für Presseprodukte hinausgeht. Zudem erhält der deutsche öffentlich-rechtliche Rundfunk durch die Gebühren große öffentliche Unterstützung.

Diese Diskussion kann hier nur angerissen werden. Deutlich soll aber werden, dass einerseits die ökonomischen Einflussfaktoren die EU-Berichterstattung massiv erschweren und andererseits eine Debatte über die Veränderung dieser Faktoren nicht völlig abseits der Realität liegen darf. Für viele Redaktionen ist dies bereits der Fall. Doch ohne neue Einnahmequellen des demokratiefunktionalen Massenmediums Regionalzeitung ist die Demokratie schrittweise auf dem Rückzug. Und dies gilt v. a. für die europäische Demokratie.

Die Studie weist allerdings auch darauf hin, dass ökonomische Determinanten nicht immer als zulässige Gründe für konstatierte Defizite gelten können. Denn ob eine Redaktion Anschluss an einen EU-Korrespondenten hat oder auch die Spezialisierung in Form einer formellen EU-Zuständigkeit einführt, hängt nicht alleine von der Größe und den Mitteln der Zeitung oder des Verlags ab. Es gibt kleinere und mittlere Zeitungen, die beides realisieren. Und es konnten mittlere und große Blätter gefunden werden, die aus

Kostengründen darauf verzichten. Es sind also nicht nur redaktionsexterne ökonomische Determinanten, sondern auch die redaktionellen und verlegerischen Konzepte, die über das Engagement in der EU-Berichterstattung entscheiden. Dass Zeitungen selbst nicht auf die vorhandene, besonders günstige Möglichkeit zurückgreifen, die Korrespondentenberichte des verlagseigenen Büros in Brüssel abzdrukken, erscheint mehr als unverständlich. Wenn Sparzwänge so weit gehen, ist die journalistische Qualität akut gefährdet.

### **5.1.2 Welche Organisationsstrukturen bestimmen die EU-Berichterstattung?**

#### **Ressortstruktur begünstigt Korrespondentenkontakt**

Die Befragung ergab, dass drei verschiedene Formen der redaktionellen Organisation existieren. Zu nennen sind die klassische Struktur der Fachressorts, eine Struktur, die das neue Modell des Newsdesk mit der Ressortaufteilung verbindet sowie das Arbeiten in einem Newsdesk völlig ohne Ressorts. Die Organisationsform ist für die EU-Berichterstattung nicht unerheblich, da sie u. a. die Kooperation mit dem Korrespondenten beeinflusst.

Die Studie zeigt, dass ein Arbeiten ohne jedwede Fachressorts den kontinuierlichen persönlichen Kontakt zwischen der Redaktion und dem Korrespondenten kaum möglich macht. Denn in einem vollständigen rotierenden Newsdesk-System ohne feste Ressortzuständigkeiten wechseln die Ansprechpartner für den Korrespondenten fast täglich. Dies verhindert ein gegenseitiges Kennenlernen und Voneinanderlernen und vergrößert die Distanz zwischen Redaktion und Korrespondent.

Doch auch das Beibehalten der Ressorts garantiert nicht eine feste Korrespondenzzuständigkeit von einem oder zwei Mitarbeitern. Denn auch in Redaktionen, die mit dem Newsdesk arbeiten, gleichzeitig aber die Ressorts erhalten haben, sind oft mehr als zwei Mitarbeiter für den Kontakt zuständig. Aus der Befragung geht hervor, dass in der Praxis zumeist die ausschließliche Redaktionsorganisation mit Fachressorts eine kontinuierliche, persönliche Zusammenarbeit zwischen Korrespondent und Redaktion zulässt, was aber nicht Usus ist: Denn zwölf der untersuchten Redaktionen arbeiten mit Ressorts und Newsdesk, zwei nur mit dem Newsdesk und zehn alleine mit Ressorts. Die redaktionellen Strukturen sind also höchst divergent, mehrheitlich aber am Newsdesk-System ausgerichtet.

Verschwiegen werden sollen nicht die kommunikativen Vorteile, die das Arbeiten am Newsdesk mit sich bringt. Dies konnte v. a. in der Beobachtung festgestellt werden. Gemeinsame Absprachen, eine effiziente Planung und die Vermeidung von Fehlern gelingen im Desk-System besser als in der klas-